



Pressemitteilung Nr. 4/2017

München, 6.4.2017

## **Das neue G9 braucht eine fundierte Struktur**

### **LEV lehnt Flickwerk bei der Ausgestaltung der gymnasialen Bildungszeit ab**

Die Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern (LEV) ist erleichtert über die gestrige Entscheidung der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, sich auf ein grundständig neunjähriges Gymnasium in Bayern festzulegen. Gleichwohl kritisiert die LEV-Vorsitzende Susanne Arndt: „Angesichts der seit Jahren geführten Diskussion um G8 versus G9 erschließt sich den Eltern nicht, warum die CSU-Abgeordneten so lange Zeit benötigt haben, in dieser Frage eine eindeutige Haltung zu entwickeln. Die Entscheidung für das G9 entspricht dem überwältigenden Votum bayerischer Gymnasialeltern.“

Der immer wieder verzögerte Zeitplan der CSU-Fraktion lässt vermuten, dass die Bildungspolitik in Bayern von CSU-interner Ranküne gehemmt ist.

Solche Politikspiele darf sich die Mehrheitsfraktion in der nun zwingend erforderlichen Phase der Ausarbeitung einer tragfähigen und zukunftsgerichteten Struktur für das kommende G9 nicht erneut erlauben. Die LEV verweist in diesem Zusammenhang auf die desaströse Einführung des G8, in deren Folge die Gymnasien allein gelassen waren, weil keine belastbaren Konzepte zur Verfügung gestellt wurden.

Die LEV hat mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die von Kultusminister Dr. Spaenle präsentierten Absichten zur Ausgestaltung des Gymnasiums fast alle Forderungen enthält, die in der LEV entwickelt worden sind und seit Jahren in die politische Diskussion getragen wurden. In der Skizze des Kultusministeriums zum G9 finden sich z.B. Anklänge an die LEV-Konzepte zur Ausgestaltung der 11. Jahrgangsstufe als Überspringerklasse bzw. als Zeitraum für Auslandssemester und einer Berufs- und Studienorientierung, die Verstärkung der politischen Bildung bereits ab der Mittelstufe oder die Basierung des künftigen G9-Lehrplans auf dem bereits ausgearbeiteten, kompetenzorientierten Lehrplan Plus.

Susanne Arndt: „Bei näherer Betrachtung entsprechen die bisher bekannten Details des ministeriellen Entwurfs dem LEV-Konzept. Allerdings vermissen wir Aspekte, die unbedingt zu dem Gesamtbild des bayerischen Gymnasiums gehören.“ Die bisher vorliegenden Verlautbarungen aus dem Kultusministerium weisen erhebliche Lücken auf. Deshalb fordert die LEV:

- Die Schülerinnen und Schüler, die jetzt das G8 absolvieren, benötigen weiterhin intensive Begleitung während ihrer gesamten Schullaufbahn. Diese Generation darf unter dem Eindruck der künftigen Entwicklungsarbeit keinesfalls aus dem Fokus der Pädagogen geraten.
- Die individuelle Förderung muss alle Schülerinnen und Schüler umfassen und zu diesem Zweck deutlich ausgebaut werden. Die LEV lehnt eine einseitige Elitenförderung ab, wie sie in den Mitteilungen



des Kultusministeriums anklingt. Selbstverständlich brauchen besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler eine intensive Betreuung, damit sie ihre Potenziale voll entwickeln können. Auch eine Beschränkung auf die Förderung der leistungsschwachen Gymnasiasten wäre nicht zielführend. Es ist stattdessen unbedingt erforderlich, alle Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern. Alles andere ist eine unverantwortliche Vergeudung von Ressourcen.

- Die Intensivierungsstunden müssen in unverändertem Umfang erhalten bleiben. Sie brauchen eine tragfähige und zielgerichtete Struktur. Dafür müssen Lehrer-Planstellen an jeder Schule geschaffen werden. Die Vorschläge aus dem Ministerium sprechen lediglich von „Intensivierungsstunden in bestimmtem Umfang“. Diese Einschränkung ist inakzeptabel.
- Die bayerischen Schulen dürfen nicht in der medialen Steinzeit verharren. Angesichts der rasanten Entwicklung technischer Kommunikationsformen eröffnen sich zahlreiche Möglichkeiten für innovative Unterrichtsformen. Ein erster Zugang ergibt sich mit der Einführung digitaler, interaktiver Schulbücher, die nicht länger hinausgezögert werden darf.
- Der Freistaat muss bereits jetzt neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen, um den künftigen Aufgaben gerecht werden zu können. Es ist nicht zu verantworten, sich erst dann um Pädagogen zu kümmern, wenn bereits Lücken in der Versorgung entstanden sind.
- Die Schulen müssen uneingeschränkt ermächtigt sein, Ganztagszüge in der offenen oder gebundenen Form anzubieten. Die Entscheidung kann nur regional nach Bedarf erfolgen, da die Bedürfnisse bzw. die Infrastruktur in verschiedenen Siedlungsräumen (Stadt-Land-Unterschied) sehr disparat sind.

Die grundsätzliche Entscheidung für das G9 war überfällig und sehr wichtig. LEV-Vorsitzende Susanne Arndt: „Wir haben mit dieser Entscheidung lediglich den ersten Schritt eines Weges gemacht, der uns künftig intensiv beschäftigen wird. Deshalb besteht für die beteiligten Politiker nicht der geringste Grund, sich lobend auf die eigenen Schultern zu klopfen. Die LEV wird den Prozess uneingeschränkt und mit kritischem Blick begleiten. Die Expertise der Eltern steht der Staatsregierung auch weiterhin zur Verfügung.“

**Falls weitere Fragen entstehen, kontaktieren Sie bitte den LEV-Pressbeauftragten Bernd Hein unter der Telefonnummer 08124 9190577.**